

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

3. Juli 1957

122/A.B.

zu 126/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

In Beantwortung einer gemeinsamen Anfrage der Abgeordneten
S e b i n g e r, W i m b e r g e r und Genossen vom 28. Mai 1957, betreffend
die Überlassung österreichischen Hoheitsgebietes zu Nutzungszwecken an die
ČSR, teilt Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dipl.-Ing.
Dr. F i g l folgendes mit:

Die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien hat mit Verbalnote
vom 19.9.1956 anher das Ersuchen gestellt, im Zusammenhang mit dem im Bau
befindlichen tschechoslowakischen Kraftwerk in Lipno eine Wasserrechtsverhand-
lung im Gebiet der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach in Oberösterreich durchzu-
führen, da voraussichtlich der Rückstau der Moldau durch dieses Kraftwerk
einige Hektar österreichischen Gebietes überfluten wird. Anlässlich dieser
Wasserrechtsverhandlung, die am 7. Mai 1957 in Aigen-Schlögl stattgefunden hat,
stellte der Grundeigentümer den Antrag, die ČSR möge als Entschädigung für das
von ihr gewünschte Überflutungsrecht österreichischen Staatsgebiets ein Be-
tretungsrecht des tschechoslowakischen Staatsgebiets an der Südseite des
Blöckensteinersees gewähren.

Die tschechoslowakischen Verhandlungspartner erklärten sich zur Dis-
kussion dieses Vorschlages für nicht befugt und stellten fest, dass diese
Frage bereits in Wien abgesprochen worden wäre. Diese Feststellung entspricht
nicht den Tatsachen, da weder die tschechoslowakische Gesandtschaft in Wien
noch sonstige tschechoslowakische Behörden oder Stellen jemals an österrei-
chische Zentralstellen in dieser Angelegenheit herangetreten sind.

Das tschechoslowakische Ersuchen um Einräumung eines Überflutungs-
rechtes bildet derzeit den Gegenstand von Untersuchungen der hiefür zuständigen
Bundesministerien, da diese Frage in mehrfacher Weise das Gebiet der Hoheitsver-
waltung berührt. Ob und in welcher Weise über das tschechoslowakische Ansuchen
sowie über den in diesem Zusammenhang gestellten Antrag des österreichischen
Grundeigentümers österreichischerseits entschieden werden wird, kann derzeit
noch nicht vorausgesehen werden. Das Amt der Oberösterreichischen Landesre-
gierung wurde jedoch ersucht, weitere Schritte in dieser Angelegenheit nicht
vorzunehmen, bevor eine grundsätzliche Stellungnahme der befassten Bundes-
ministerien vorliegt.

- - - - -